Referat 32 Berlin, 2. Oktober 1990

Ab. 4/12

Zusammengefaßte Information über die Tätigkeit der Regierung der DDR unter Ministerpräsident de Maizière

1. Die Regierung wurde am 12. April 1990 von der Volkskammer gewählt und konstituierte sich am gleichen Tage . Ihr gehörten der Ministerpräsident sowie der Stellvertreter des Ministerpräsidenten und Minister des Innern, 22 Ressortminister, ein Parlamentarischer Staatssekretär beim Ministerpräsidenten und der Regierungssprecher an.

   Von den Kabinettsmitgliedern waren

   12 Mitglieder der CDU
   2 Mitglieder der DSU
   6 Mitglieder der SPD
   3 Mitglieder des BFD
   1 Mitglied des DA
   2 Mitglieder parteilos (je ein Vorschlag der CDU und SPD).

   An den Sitzungen des Ministerrates nahmen als ständige Teilnehmer 2 Staatssekretäre im Amt des Ministerpräsidenten, der Staatssekretär und Ausländerbeauftragte beim Ministerrat, die Leiterin des Büros des Ministerpräsidenten, der Berater des Ministerpräsidenten, Dr. Elmar Pieroth, der Leiter des Arbeitsstabes Deutsche Einheit, die Stellvertretende Regierungssprecherin, der Leiter des Referates Rechtspolitik im Amt des Ministerpräsidenten sowie der Leiter des Referats Organe und Gremien (Protokoll) teil.

   Durch das Ausscheiden von 9 Mitgliedern setzte sich der Ministerrat ab seiner 26. Sitzung am 22. August 1990 zusammen aus

   - dem Ministerpräsidenten
   - dem Stellvertreter des Ministerpräsidenten und Minister des Innern
   - 13 weiteren Ministern

- dem Parlamentarischen Staatssekretär beim Ministerpräsidenten
- und dem Regierungssprecher.

Von den 17 Mitgliedern des Ministerrates waren

12 Mitglieder der CDU
2 Mitglieder des BFD
1 Mitglied des DA
2 Mitglieder parteilos.

Anstelle ausgeschiedener Minister nahmen die Verantwortung wahr

- für das Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der Ministerpräsident
- für das Ministerium für Arbeit und Soziales der Minister für Gesundheitswesen
- für das Ministerium für Forschung und Technologie der Minister für Bildung und Wissenschaft
- für das Ministerium für Post- und Fernmeldewesen der Minister für Verkehr.

Geschäftsführende Staatssekretäre wurden für die Ministerien

- für Ernährung, Land- und Forstwirtschaft
- der Finanzen
- der Justiz
- für Wirtschaft
- für Handel und Tourismus

eingesetzt.

In der Regierungszeit wurden durch Beschluß des Ministerrates umbenannt

- Ministerium für Innere Angelegenheiten in Ministerium des Innern
- Ministerium für Finanzen in Ministerium der Finanzen.

Nach der konstituierenden Sitzung trat der Ministerrat zu weiteren 31 Sitzungen (davon 7 außerordentliche) zusammen, die vom Ministerpräsidenten und bei dessen Abwesenheit vom Stellvertreter des Ministerpräsidenten und Minister des Innern bzw. vom Minister im Amt des Ministerpräsidenten geleitet wurden. Die letzte Sitzung (32.) fand am Mittwoch , dem 26. September 1990 statt.

Über jede Sitzung des Ministerrates wurde ein Protokoll angefertigt, das vom Ministerpräsidenten bzw. dem von ihm mit der Leitung Beauftragten bestätigt wurde. Nach der Bestätigung des Protokolls, das allen Mitgliedern des Ministerrates zugestellt wurde, erfolgte die Ausfertigung der Beschlüsse. Alle Beschlüsse des Ministerrates wurden vom Minister im Amt des Ministerpräsidenten "Für die Richtigkeit" unterschrieben.
Über alle Kabinettssitzungen wurde eine zusammengefaßte Dokumentation (Vorlagen, Schriftverkehr, Beschlüsse) im Archiv für Staatsdokumente hinterlegt.

Seit dem 7. Mai 1990 fanden jeweils Montag 21 Beratungen des Ministers im Amt des Ministerpräsidenten mit beauftragten Staatssekretären der Ministerien und des Amtes des Ministerpräsidenten statt.
Sie dienten der Vorbereitung der Sitzungen des Ministerrates, der Abstimmung eingereichter Vorlagen sowie der Klärung unterschiedlicher Auffassungen zu den Entscheidungsvorschlägen.
Die Staatssekretärsberatungen trugen empfehlenden Charakter.
Über die Beratungen mit den Staatssekretären wurden interne Protokolle angefertigt, die ebenfalls hinterlegt sind.

Nach jeder Sitzung des Ministerrates wurde in einer Pressekonferenz über Inhalt, Verlauf und Ergebnisse informiert.
Vor Beginn der Sitzungen wurden Presse, Funk und Fernsehen ein umfangreiches Betätigungsfeld eingeräumt.

Dem Amt des Ministerpräsidenten wurden insgesamt 759 Vorlagen zur Entscheidung eingereicht, von denen einige im Ergebnis von Staatssekretärsberatungen endgültig zurückgezogen oder nach Überarbeitung neu eingereicht wurden (Detailübersicht Anlage 1).

Darunter waren

233 Rechtsvorschriften (94 Gesetzentwürfe
und 139 Verordnungen).

554 Vorlagen hat der Ministerrat insgesamt bestätigt, davon 115 im Umlaufverfahren.

Für 76 Vorlagen wurde in der Sitzung des Ministerrates eine Endredaktion festgelegt.

Von den nicht bestätigten Vorlagen wurden 38 erneut vorgelegt und in der Regel dann bestätigt.

7 Vorlagen wurden vom Einreicher während der Sitzung zurückgezogen.

Zu 7 Vorlagen, die dem Ministerrat zur Entscheidung unterbreitet wurden und zu denen auf Grund von Einsprüchen bzw. Aufträgen bis zum 2. Oktober 1990 keine Klärung erfolgte, konnte keine Beschlußausfertigung vorgenommen werden (Anlage 2). Dazu erfolgte ein entsprechender Vermerk in den Sitzungsmaterialien, die im Archiv für Staatsdokumente hinterlegt sind.

In der 15. Sitzung des Ministerrates am 4. Juli 1990 wurde mit 35 Vorlagen die breiteste Tagesordnung abgearbeitet.
Die längste Sitzung dauerte 7 1/2 Stunden (2. Sitzung des Ministerrates am 18. April 1990). Insgesamt tagte der Ministerrat 128 Stunden und 10 Minuten. Das ergibt einen Durchschnitt pro Sitzung von 4 Stunden.

Die umfangreichste Vorlage mit 744 Seiten wurde zur 9. Sitzung des Ministerrates am 30. Mai 1990 vom Minister der Finanzen zur Angleichung des Steuerrechts der DDR an das der BRD zum Zeitpunkt der Inkraftsetzung der Währungsunion zwischen beiden deutschen Staaten eingereicht und beschlossen.

2. Die Beschlußtätigkeit des Ministerrates war auf die Verwirklichung der Regierungserklärung vom 19. April gerichtet. Sie umfaßte eine breite Palette von Themen und entsprach damit den Erfordernissen grundlegender Veränderungen in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens, der Wirtschaft, der Sozialpolitik und der Rechtsordnung. Die zu treffenden Sachentscheidungen wurden in kurzen Zeiträumen vorbereitet, zwischen den Ministerien abgestimmt und eingereicht.
Eine enge Zusammenarbeit und Abstimmung der Regierungsvorlagen erfolgte mit den jeweilig zuständigen Bundesministerien. Es gelang insgesamt, die große Anzahl der Vorlagen so einzureichen, daß eine zu starke Konzentration von Tagesordnungspunkten in den Sitzungen weitgehend vermieden wurde, und die Arbeit bei hoher Intensität insgesamt kontinuierlich verlief.
Die hohe Quote der Vorlagen, die ohne Änderungen bestätigt wurden, macht deutlich, daß in den Ministerien eine qualifizierte Arbeit zur Vorbereitung der Kabinettssitzungen erfolgte. Eine Hauptursache für die Nichtbestätigung von Vorlagen bestand darin, daß die Finanzierung vorgeschlagener Maßnahmen nicht geklärt war, so daß seitens des Finanzierungsministers ein Veto eingelegt wurde. Andererseits wurde sichtbar, daß ausgereichte finanzielle Mittel und zu ihrer Verwendung gefaßte Beschlüsse nicht zielstrebig genug wirksam gemacht wurden. Das zeigte sich z. B. im Bereich der Landwirtschaft.
Die Staatssekretärsberatungen hatten großen Anteil an der insgesamt effektiven Arbeit der Regierung.
Hier wurden wesentliche Beiträge zur Vorlage entscheidungsreifer Beschlußentwürfe geleistet.

Als ein generelles Problem während der gesamten Regierungszeit erwies sich, daß Rechtsvorschriften und Beschlüsse nicht schnell genug bei den für ihre Durchführung Verantwortlichen ankamen.
So gab es Forderungen der Regierungsbevollmächtigten nach zentralen Entscheidungen, obwohl diese längst getroffen waren.

Es zeigte sich aus den Tagesmeldungen der Regierungsbevollmächtigten aber auch eine nicht zu übersehende Unsicherheit bei der Anwendung der neuen Rechtsvorschriften. Das führte zu sich wiederholenden Forderungen nach Durchführungsbestimmungen, Informationen und Erläuterungen.

Schwerpunkte der Kabinettssitzungen waren:

a) Politische Lageeinschätzungen

Die vom Ministerpräsidenten als Tagesordnungspunkt 1 jeder Kabinettssitzung gegebenen Informationen machten die Regierungsmitglieder mit aktuellen Aufgaben und Problemen der Innen- und Außenpolitik vertraut und ermöglichten die Standpunktbildung innerhalb des Kabinetts sowie die Festlegung von Arbeitsschwerpunkten der zuständigen Ressorts. So wurden z. B. behandelt:

- Die wichtigsten Etappen der Vorbereitung des Staatsvertrages über die Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion sowie des Einigungsvertrages,
- der jeweilige Stand der 2 + 4 Verhandlungen mit besonderem Schwerpunkt der Beziehungen zur UdSSR,
- die innere Entwicklung in der DDR bei der Einführung der sozialen Marktwirtschaft, dabei insbesondere die Lage in der Industrie, die Situation auf dem Arbeitsmarkt, die sozialen Wirkungen aus der modifizierten Übernahme des Sozialrechts der BRD,
- die Strukturanpassung in der Landwirtschaft und der Absatz landwirtschaftlicher Erzeugnisse,
- die Finanzierung der Kommunen,
- die Probleme der Auflösung des ehemaligen MfS/AfNS.

Zu diesen Einschätzungen gab es im wesentlichen Konsens innerhalb des Ministerrates. Zunehmend zeichneten sich divergierende Standpunkte der von der SPD gestellten Minister ab.
Besonders deutlich wurde das bei der Finanzierung der Kommunen, bei der Rentenangleichung und der Entwicklung des Arbeitsmarktes.

b) Rechtspolitik
Auf dem Gebiet der Rechtspolitik wurden wesentliche Schritte zur Angleichung an die Rechtsordnung der BRD gegangen und damit unverzichtbare Vorarbeiten für den Einigungsvertrag geleistet.
Schwerpunkte waren Gesetzesentwürfe, mit denen BRD-Recht vollständig bzw. in modifizierter Form entsprechend den Bedingungen der DDR übernommen wurde. Das betraf insbesondere

- das Strafrecht einschließlich der Strafprozeßordnung,
- die Übernahme des BGB und der Zivilprozeßordnung,
- die Kommunalverfasung,
- den Aufbau der Treuhandanstalt,
- die Renten- und Sozialgesetzgebung,
- die landwirtschaftliche Marktordnung,
- die Niederlassungsfreiheit für Unternehmen,
- die Gesetze über die Preisbildung, den Wettbewerbsschutz und den Verbraucherschutz,
- das Richtergesetz,
- die Ordnungen für die Arbeit von Rechtsanwälten, Notaren und Rechtspflegern.

c) Finanz- und Wirtschaftspolitik

Schwerpunkte auf diesem Gebiet bildeten die Gesetzentwürfe und Verordnungen zur Bildung und Verwendung der Haushaltsmittel, zur Einführung des Steuerrechts, zur Anschubfinanzierung

der Versicherungsträger, vor allem für die Kranken- und Arbeitslosenversicherung, zur Vergabe staatlicher Fördermittel sowie zur Erarbeitung der Abschluß- und Eröffnungsbilanzen der Betriebe.

Zur finanziellen Absicherung der Sozialleistungen wurden entsprechend dem Haushalts- und Kreditrahmen erforderliche Mittel bereitgestellt.

Zur Anmeldung von Vermögensansprüchen wurden in Verbindung mit der gemeinsamen Erklärung der Regierungen der BRD und der DDR, die Bestandteil des Einigungsvertrages ist, die notwendigen Verfahrensvorschriften erlassen.

Auf dem Gebiet der Wirtschaft konzentrierte sich der Ministerrat auf die Umwandlung der bisher volkseigenen Betriebe und Kombinate in Kapitalgesellschaften, auf die Herstellung der Arbeitsfähigkeit der Treuhandanstalt, auf die Strukturanpassung, insbesondere in industriellen Ballungsgebieten, auf die Gestaltung und Subventionierung des Handels mit der UdSSR und anderen RGW-Ländern, auf die Beschäftigung ausländischer Arbeitnehmer, auf die Förderung des Mittelstandes und des Handwerks sowie die Bereitstellung von Liquiditätskrediten für die Betriebe.

d) Landwirtschaftspolitik

Die Situation auf dem Gebiet von Ernährung, Land- und Forstwirtschaft war über Wochen von Unmutsbezeugungen und Demonstrationen der Landwirte hinsichtlich des fehlenden Absatzes landwirtschaftlicher Produkte gekennzeichnet.
Das Ministerium für Ernährung, Land- und Forstwirtschaft hat auf diese anstehenden Probleme zu spät und nicht mit der notwendigen Wirksamkeit reagiert. Das hat zu einer zeitweiligen Verhärtung der Lage geführt.

Solche Lösungen, wie die Beschränkung von Importen bzw. die Erhebung von Preiszuschlägen für Erzeugnisse aus der BRD, erwiesen sich unter marktwirtschaftlichen Bedingungen als nicht realisierbar.
Durch den Ministerrat wurden die notwendigen Beschlüsse für die Umstrukturierung in der Landwirtschaft, den Aufbau einer Marktordnung nach den Grundsätzen der EG, für die Reduzierung überhöhter Tierbestände sowie zur Aufgabe uneffektiv genutzter landwirtschaftlicher Flächen gefaßt.
Beschlüsse zum Export landwirtschaftlicher Produkte in die UdSSR und andere RGW-Länder, der durch den Staat subventioniert wird, haben zu einer gewissen Entspannung des Agrarmarktes beigetragen.
Die Waldnutzung wurde auf der Grundlage der Gesetze der Bundesrepublik neu organisiert.

e) Gesundheits- und Sozialpolitik

In Angleichung an das Recht der BRD wurde ein gegliedertes System der Sozialversicherung geschaffen.
Komplizierte Probleme entstanden auf dem Arbeitsmarkt infolge der notwendigen Umstrukturierung. Als vordringlich wurde deshalb die Bildung der Arbeitsämter sowie deren personelle, finanzielle und materielle Ausstattung vorgesehen und die Beschlüsse dazu gefaßt.
Mit der Übernahme des Arbeitsförderungsgesetzes der BRD und der Anpassung des Arbeitsrechts schuf der Ministerrat die Rahmenbedingungen für eine wirksame Arbeitsmarktpolitik und die sozial verträgliche Lösung bei notwendigen Entlassungen von Arbeitnehmern einschließlich deren Umschulung.

Zur Verbesserung der gesundheitlichen Betreuung der Bevölkerung wurde die freie Niederlassung von Ärzten gefördert.
Für die weitere Existenz der Polikliniken wurden finanzielle Regelungen getroffen.

f) Bauwesen, Städtebau und Wohnungswirtschaft

Vor dem Ministerrat stand die Aufgabe, in kürzester Zeit marktwirtschaftliche Bedingungen für die Entwicklung von Städtebau und Wohnungswirtschaft in sozial verträglicher Form zu schaffen und dementsprechende Anpassungsregelungen zur Übernahme der Rechtsordnung der BRD auf diesem Gebiet zu erlassen.
Davon ausgehend standen im Mittelpunkt der Beschlußtätigkeit

- die Neugestaltung der Bauordnung entsprechend dem Recht der BRD
- die Umwandlung volkseigener Wohnungswirtschaftsbetriebe in gemeinnützige Wohnungsgesellschaften und die Übertragung des Grundeigentums an die Wohnungsgenossenschaft
- die Schaffung von Bauaufsichtsbehörden
- die Gestaltung des Wohnungseigentums und des frei finanzierten Wohnungsbaus einschließlich sozial vertretbarer Mietpreisregelungen
- die Schaffung eines neuen rechtlichen Rahmens für den genossenschaftlichen Wohnungsbau
- die Arbeit der Architekten einschließlich der Honorarordnungen für Architekten und Ingenieure
- die Eröffnung der Möglichkeit des Bausparens
- der Raumordnungsbericht für das Gebiet der DDR.

Für den Wohnungsbau insbesondere die Fertigstellung begonnener Objekte wurden Finanzmittel im Rahmen des Haushalts bereitgestellt.

Einige vom Minister für Bauwesen, Städtebau und Wohnungswirtschaft eingebrachte Vorlagen wurden nicht behandelt bzw. bestätigt. Das betraf zum Beispiel die Konzeption zur Entwicklung des Wohnungswesens.

g) Ökologie, Umweltschutz

Auf ökologischem Gebiet stand der Ministerrat vor Problemen, deren Konsequenzen zu Beginn seiner Tätigkeit noch nicht voll übersehen werden konnten.
Mit der Übernahme des Umweltrechts der BRD und seiner modifizierten Anwendung für das Gebiet der DDR wurden die Ausgangsbedingungen für den Aufbau einer ökologisch verträglichen Produktion geschaffen.
Produktionsstandorte, von denen bedeutende Gefahren für die Menschen und die Umwelt ausgingen, wie z. B. in den Chemiewerken Bitterfeld, die Braunkohleverschwelung Böhlen sowie der Wismut-Bergbau, wurden bzw. werden geschlossen.
Diese Maßnahmen erfolgten in Verbindung mit der sozialen Absicherung und Umschulung der betroffenen Arbeitnehmer.
Mit dem Erlaß von Verordnungen für 12 Naturparks bzw. Landschaftsschutzgebiete wurde ein bedeutender Beitrag zur Erhaltung bzw. Wiederherstellung natürlicher Lebensbedingungen in ökologisch besonders wertvollen Gebieten geleistet.

h) Bildungspolitik

Breiten Raum widmete der Ministerrat der demokratischen Umgestaltung im gesamten Bildungswesen.
Das betraf vor allem

- die Neuordnung des Hoch- und Fachschulwesens einschließlich der studentischen Einrichtungen,
- Grundsätze und Rahmenregelungen für allgemeinbildende Schulen und Berufsschulen,
- die Ausbildung von Lehrkräften sowie
- die Kindertagesbetreuung.

Komplizierte Probleme ergaben sich hinsichtlich der Weiterführung der Betriebsberufsschulen, des polytechnischen Unterrichts und der betrieblichen Kindereinrichtungen. Durch steuerliche Erleichterungen der Betriebe sowie Finanzzuweisungen an die Kommunen wurde eine Weiterführung dieser Einrichtungen gewährleistet.

Anlage 1

Ministerium	insgesamt eingereichte Vorlagen	davon		bestätigt			zurückgezogen	nicht bestätigt	
		Entwürfe von Gesetzen	Verordnungen	gesamt	in der Sitzung	im Umlaufverfahren			
Ministerpräsident	12	1	5	9	8	1	1	2	
Minister im Amt des Ministerpräsidenten	142	6	7	123	78	45	8	11	
Minister für Arbeit und Soziales	42	9	6	25	23	2	13	4	
Minister des Innern	37	3	2	32	19	13	4	1	
Minister für Abrüstg. und Verteidigung	25	1	1	8	7	1	13	4	
Minister für Auswärtige Angelegenheiten	35			23	16	7	10	2	
Minister für Bauwesen, Städtebau und Wohnungswirtschaft	27	10	5	17	17		7	3	
Minister für Bildung und Wissenschaft	31	2	10	28	21	7	3		
Minister für Ernährung, Land- und Forstwirtschaft	36	6	7	23	21	2	10	3	
Minister für Familie und Frauen	11	1	7	7	7		4		

Ministerium	insgesamt eingereichte Vorlagen	davon		bestätigt			zurückgezogen	nicht bestätigt	
		Entwürfe von Gesetzen	Verordnungen	gesamt	in der Sitzung	im Umlaufverfahren			
Minister der Finanzen	69	10	11	57	46	11	6	6	
Minister für Forschg. und Technologie	9			5	3	2	3	1	
Minister für Gesundheitswesen	24	4	6	16	14	2	6	2	
Minister für Handel und Tourismus	3		1	1	1		2		
Minister für Jugend und Sport	26	1	6	11	10	1	15		
Minister der Justiz	45	19	17	36	35	1	3	6	
Minister für Kultur	10		2	6	3	3	4		
Minister für Medienpolitik	7	2	1	4	4		3		
Minister für Post- und Fernmeldewesen	2			1	1			1	
Minister für Regionale und Kommunale Angelegenheiten	14	2	1	12	11	1	1	1	
Minister für Umwelt, Naturschutz, Energie und Reaktorsicherheit	25	2	17	20	19	1	5		

Ministerium	insgesamt eingereichte Vorlagen	davon		bestätigt			zurückgezogen	nicht bestätigt	
		Entwürfe von Gesetzen	Verordnungen	gesamt	in der Sitzung	im Umlaufverfahren			
Minister für Verkehr	8		3	6	6			2	
Minister für Wirtschaft	103	14	20	73	63	10	23	7	
Minister für Wirtschaftliche Zusammenarbeit	8		1	4	2	2	3	1	
Parlamentarischer Staatssekretär beim Ministerpräsidenten, Dr. Günther Krause	8	1	3	7	4	3		1	
Gesamt	759	94	139	554	439	115	147	58	

Anmerkungen

- Bei den Vorlagen, die der Minister im Amt des Ministerpräsidenten eingereicht hat, sind enthalten
  - . Vorlagen der Ausländerbeauftragten beim Ministerrat
  - . Vorlagen der Leiterin der interministeriellen Arbeitsgruppe EG im Amt des Ministerpräsidenten
  - . Vorlagen zu Personalentscheidungen
  - . Vorlagen zur Protokollveranstaltungen
- In der Rubrik "insgesamt eingereichte Vorlagen" sind auch die Vorlagen enthalten, die nach den Staatssekretärsberatungen "NEU" eingereicht wurden.
- In der Rubrik "zurückgezogen" sind Vorlagen enthalten, die
  - a) im Ergebnis der Staatssekretärsberatungen zurückgezogen und "NEU" eingereicht wurden, d. h. die ursprüngliche Vorlage ist eine "Rückgabe"
  - b) in den Sitzungen des Ministerrates durch den Einreicher zurückgezogen wurden.
- In der Rubrik "nicht bestätigt" sind auch die Vorlagen enthalten, für die eine "Neueinreichung" festgelegt wurde.
- Bei mehreren Berichterstattern ist nur der Erstgenannte als Einreicher ausgewiesen.

Anlage 2

Vorlagen, zu denen keine abschließende Entscheidung getroffen wurde

1. Beschluß zur Durchführung des Militärischen Zeremoniells des Großen Wachaufzuges vor dem Mahnmal für die Opfer des Faschismus und Militarismus in Berlin, Unter den Linden (V 417/90)

   - Die Vorlage lag zur Entscheidung im Umlaufverfahren vor (Ablauftermin: 10. Mai 1990).

   - Einsprüche des Ministers der Finanzen und des Ministers für Auswärtige Angelegenheiten wurden am 22. Mai 1990 dem Minister für Abrüstung und Verteidigung vom Minister im Amt des Ministerpräsidenten schriftlich übergeben.

2. Beschluß über die Einsetzung eines Regierungsbevollmächtigten zur Zusammenarbeit mit der Westgruppe der Streitkräfte der UdSSR (V 522/90)

   - Die Vorlage lag zur Entscheidung im Umlaufverfahren vor (Ablauftermin: 25. Mai 1990).

   - Einsprüche gab es vom Minister für Auswärtige Angelegenheiten und durch das Amt des Ministerpräsidenten, die dem Minister für Abrüstung und Verteidigung mündlich übermittelt wurden.

3. Personalvorschlag zur Besetzung der Planstelle Präsident der Staatsbank Berlin

   - Die Vorlage wurde dem Ministerrat am 23. Mai 1990 durch den Minister im Amt des Ministerpräsidenten zur Entscheidung vorgelegt.

   - Auf Grund des Einspruchs des Ministers der Finanzen sollte über den Einsatz nach einer Rücksprache beim Ministerpräsidenten entschieden werden.

4. Beschluß zur Teilnahme der Landessprecher der zu bildenden Länder an den Sitzungen des Ministerrates (V 1013/90)

   - Die Vorlage lag zur Entscheidung im Umlaufverfahren vor (Ablauftermin: 22. August 1990).

   - Durch den Staatssekretär im Amt des Ministerpräsidenten wurde am 22. August 1990 die Ausfertigung gestoppt.

5. a) Beschluß über außenpolitische Schritte zur Beendigung der Mitgliedschaft der DDR im Warschauer Vertrag über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand vom 14. Mai 1955 (V 1047/90)

   b) Beschluß über die Beendigung der Mitgliedschaft der DDR im Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe im Zusammenhang mit dem Beitritt der Deutschen Demokratischen Republik zur Bundesrepublik Deutschland gemäß Artikel 23 GG (V 1030/90)

   - Die Vorlagen lagen dem Ministerrat am 29. August 1990 zur Entscheidung vor.

   - Der Auftrag bestand darin, bis zum 31. August 1990 die Endredaktion durch das Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten vorzunehmen.

6. Durchführungsverordnungen über die Marktorganisationen
   - für Verarbeitungserzeugnisse aus Obst und Gemüse
   - für Hopfen
   - für Tabak
   - für Saatgut
   - für Wein
   - für bestimmte, aus landwirtschaftlichen Erzeugnissen hergestellte Waren

   (V 1041/90)

   - Die Vorlage lag zur Entscheidung im Umlaufverfahren vor (Ablauftermin: 30. August 1990).

   - Die Einsprüche aus den Ministerien für Handel und Tourismus sowie der Finanzen wurden am 3. September 1990 dem geschäftsführenden Staatssekretär im Ministerium für Ernährung, Land- und Forstwirtschaft vom Minister im Amt des Ministerpräsidenten schriftlich übergeben.

   - Rückantwort erfolgte nicht.